



**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Vorlage für die Klausursitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes am 24. August 2023,  
des Fraktionsvorstandes und der Fraktion am 28. und 29. August 2023

## **SPD-Bundestagsfraktion**

### Arbeitsplanung 2. Halbjahr 2023

Stand: 21.08.2023

# Inhaltsverzeichnis

<b>Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gabriela Heinrich</b> .....	<b>3</b>
AG Außenpolitik .....	3
AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe .....	5
AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	5
AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	6
<b>Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Verena Hubertz</b> .....	<b>8</b>
AG Wirtschaft .....	8
AG Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen.....	8
AG Tourismus .....	9
<b>Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Matthias Miersch</b> .....	<b>10</b>
AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	10
AG Klimaschutz und Energie.....	13
AG Ernährung und Landwirtschaft.....	15
<b>Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Detlef Müller</b> .....	<b>18</b>
AG Verkehr.....	18
AG Digitales .....	19
<b>Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Achim Post</b> .....	<b>22</b>
AG Haushalt.....	22
AG Finanzen .....	22
AG Angelegenheiten der Europäischen Union.....	23
<b>Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Sönke Rix</b> .....	<b>23</b>
AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	24
AG Bildung und Forschung.....	25
<b>Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt</b> .....	<b>27</b>
AG Arbeit und Soziales .....	27
AG Gesundheit.....	28
<b>Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dirk Wiese</b> .....	<b>31</b>
AG Inneres .....	31
AG Recht.....	35
AG Petitionen .....	41
AG Sport .....	41
AG Kultur und Medien .....	41
<b>Parlamentarischer Geschäftsführer Johannes Fechner</b> .....	<b>44</b>
AG Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.....	44
<b>Querschnittsthemen</b> .....	<b>45</b>

### AG Außenpolitik

#### ▪ **Stärkung der Vereinten Nationen und des Multilateralismus**

Am 18. September 1973 wurden die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in die Vereinten Nationen (VN) aufgenommen. Dies ist für uns Anlass, mit einem Antrag die Rolle und Arbeit der VN zu würdigen und uns für die Stärkung des Multilateralismus, der regelbasierten internationalen Ordnung und globaler Partnerschaften einzusetzen.

##### **Vorhaben**

Antrag

##### **Zeitplan**

September 2023

---

#### ▪ **Proteste gegen die Repression in Iran**

Am 16. September 2022 starb die iranische Studentin Jina Mahsa Amini im Polizeigewahrsam. Ihr gewaltsamer Tod war Auslöser monatelanger Proteste in Iran, die zum Teil immer noch anhalten. Mit einer starken Zunahme staatlicher Repressionen versucht das Regime seitdem seine Herrschaft zu stabilisieren. Dabei ist offenkundig, dass das Regime längst die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung verloren hat. Im Bundestag werden wir dazu eine Vereinbarte Debatte durchführen.

##### **Vorhaben**

Vereinbarte Debatte

##### **Zeitplan**

September 2023

---

#### ▪ **China-Strategie der Bundesregierung**

Am 13. Juli wurde die China-Strategie im Kabinett verabschiedet. Sie soll die Sichtweise der Bundesregierung auf den Stand und die Perspektiven der Beziehungen mit China darlegen und die Bundesregierung in die Lage versetzen, in der komplexen Beziehung zu China unsere Werte und Interessen besser zu verwirklichen.

##### **Vorhaben**

Vereinbarte Debatte

##### **Zeitplan**

September 2023

---

#### ▪ **Beziehungen zwischen Deutschland und Korea**

Vor 140 Jahren nahmen Deutschland und Korea diplomatische Beziehungen auf. Ebenso begehen die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Korea in diesem Jahr den 60. Jahrestag des deutsch-koreanischen Abkommens über die Anwerbung koreanischer Bergleute. Auf dessen Grundlage und mit einer späteren Vereinbarung über die Entsendung von koreanischen Krankenschwestern kamen bis 1977 10.000 Krankenschwestern und Schwesternhelferinnen sowie 8.000 Bergleute in die Bundesrepublik Deutschland.

##### **Vorhaben**

Antrag

##### **Zeitplan**

Oktober 2023

---

---

- **Situation in Belarus**

Im August 2020 begannen die demokratischen Proteste gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen in Belarus. Mit brutaler Gewalt und russischer Unterstützung gelang es dem Regime um Präsident Lukaschenko, die demokratischen Proteste niederzuschlagen. Tausende Oppositionelle wurden seitdem inhaftiert oder mussten das Land verlassen.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

November 2023

---

- **Klimakonferenz der Vereinten Nationen**

Vom 30. November bis 12. Dezember 2023 findet in Dubai die Klimakonferenz der VN (COP 28) statt. Dabei geht es um Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels, Klimafinanzierung inkl. einem glaubwürdigem deutschen Beitrag sowie Schäden und Verluste durch den Klimawandel. Deutschland und andere Industrienationen haben hierbei eine besondere Verantwortung für den Globalen Süden. Im Bundestag werden wir dazu eine Vereinbarte Debatte durchführen.

**Vorhaben**

Vereinbarte Debatte

**Zeitplan**

November 2023

---

- **Zusammenarbeit mit den Ländern des Indo-Pazifiks**

Der indo-pazifische Raum zählt zur bevölkerungsreichsten Region der Welt, deren politische, wirtschaftliche und geostrategische Bedeutung stetig zunimmt. Eine Zunahme weltweiter Bedrohungen wie Pandemien, Terrorismus, Cyberaktivitäten, Störungen des regelbasierten Handels, Desinformation sowie grenzüberschreitende organisierte Kriminalität erfordern neue Formen der Zusammenarbeit. Gleichzeitig sehen sich viele Staaten der Region bereits jetzt mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

Offen

---

- **Internationale Kultur- und Bildungspolitik**

Die internationale Kultur- und Bildungspolitik ist die Dritte Säule unserer Außenpolitik. Sie verbindet Gesellschaften, Kulturen und Menschen und ist unser Angebot für eine Werte- und Verantwortungsgemeinschaft in Europa und weltweit. Um in der Zeitenwende zu bestehen, müssen wir die Mittlerorganisationen und damit auch die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften weiter stärken.

**Vorhaben**

Positionspapier

**Zeitplan**

Offen

---

---

- **Bundeswehreinsatz im Irak**

Der Einsatz der Bundeswehr hat zum Ziel, die seit 2014 im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) erreichten Erfolge und Fortschritte im Einklang mit den zivilen Maßnahmen nachhaltig zu konsolidieren und abzusichern. Im Fokus des Engagements steht dabei die Befähigung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte, die Sicherheit des Landes eigenständig gewährleisten zu können und hierzu notwendige militärische Strukturen aufzubauen. Der Einsatz der deutschen Soldat:innen findet in einem innen- wie regionalpolitisch herausfordernden Umfeld statt, das zudem dynamischen Veränderungen unterworfen ist.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

September/Oktober 2023

---

## AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- **Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz auf internationaler Ebene**

In Deutschland wurde das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LKG) beschlossen und wird seit Januar 2023 umgesetzt. Auf Europäischen Ebene wird derzeit im Trilog über ein europäisches LKG verhandelt. Auch auf internationaler Ebene wird ein solches Verfahren beraten (UN Binding Treaty). Wir wollen im Rahmen einer Fraktionsveranstaltung über das Thema sprechen.

**Vorhaben**

Veranstaltung

**Zeitplan**

4. Quartal 2023

---

## AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- **Änderung des Soldatengesetzes**

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung soldatenrechtlicher Vorschriften (SoldVorÄndG) hatte in der vergangenen Legislaturperiode bei den Verbänden und im Verteidigungsausschuss keine Mehrheit gefunden. Ausschließlich Soldat:innen auf Zeit (SaZ) hätten bis zum 8. Dienstjahr (statt 4. Dienstjahr) aus dem Dienstverhältnis „bei Dienstvergehen in besonders schweren Fällen“ entlassen werden können, nicht aber Berufssoldat:innen. Im Hinblick auf eine einfache und schnelle Entlassung von Extremist:innen aus dem Dienstverhältnis prüft das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) zusammen mit dem Bundesinnenministerium (BMI) Möglichkeiten für eine Änderung der soldatenrechtlichen Vorgaben und weiterer Gesetze für alle Bundeswehrangehörigen, die ihren Eid auf die Verfassung abgelegt haben. Mit einer Vorlage wird noch 2022 gerechnet.

**Vorhaben**

▪ Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

- **Minderjährige Soldat:innen in der Bundeswehr**

---

---

Bei der Bundeswehr können sich junge Menschen bereits ab dem 17. Lebensjahr – mit dem Einverständnis der Erziehungsberechtigten – verpflichten. Die Bundeswehr kann auf dieses Potenzial im Sinne der Einsatzbereitschaft nicht verzichten. Aus Gründen des Jugendschutzes wollen wir zukünftig sicherstellen, dass sie erst mit Erreichen der Volljährigkeit an der Waffe ausgebildet werden oder Dienst mit der Waffe leisten. Im Bundesministerium der Verteidigung werden gegenwärtig interne Regelungen erarbeitet, die diesem Ziel Rechnung tragen. Deshalb wird künftig die Ausbildung und der Dienst an der Waffe erst mit Eintritt der Volljährigkeit möglich sein.

**Vorhaben**

▪ Gesetz

**Zeitplan**

Offen

---

▪ **Modernisierung des Gesetzes zur Gleichstellung von Soldat:innen der Bundeswehr**

Dabei geht es um die Angleichung an das Bundesgleichstellungsgesetz unter Berücksichtigung der militärischen Besonderheiten, die Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen und die Umsetzung von Erfahrungen aus der Gleichstellungsarbeit. Bei dem Vorhaben "Novellierung des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes" findet gegenwärtig die finale Hausabstimmung statt. Anschließend geht es in die Ressortabstimmung. Ein Zeithorizont für die Kabinetttbefassung ist noch nicht absehbar.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3. Quartal 2023

---

## AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

▪ **Ernährungssouveränität stärken**

Die Anzahl der hungernden Menschen steigt! Die Gründe für Ernährungsunsicherheit sind: Der Krieg in der Ukraine, weitere Kriege und Konflikte, die Folgen des Klimawandels sowie die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Agrarökologie ist ein Schlüssel dafür, die Lebensmittelproduktion in den Partnerländern zu steigern.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

3. Quartal 2023

---

▪ **Nachhaltige, klimaneutrale und resiliente Urbanisierung fördern**

55 Prozent aller Menschen leben heute in Städten – so viele wie nie zuvor. Mitte des Jahrhunderts werden es voraussichtlich 70 Prozent sein. Ein vergleichbares Städtewachstum hat in den Industrieländern mehrere Jahrhunderte gedauert. Wir fördern eine integrierte Stadtentwicklung in den Partnerländern mit dem Ziel, dass Städte sich nachhaltig, klimaneutral, resilient und lebenswert entwickeln.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

▪ **Soziale Grundsicherung weltweit ermöglichen**

---

---

Vier Milliarden Menschen weltweit sind derzeit ohne soziale Sicherung. Solche Sicherungssysteme sollen beispielsweise bei Ernteaufschlägen, Arbeitsplatzverlust oder im Bereich Gesundheit greifen, damit Familien über ein existenzsicherndes Minimum verfügen. Wir wollen Anschubfinanzierungen ermöglichen, um selbsttragende Systeme zu ermöglichen.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

4. Quartal 2023

---

### AG Wirtschaft

#### ▪ Postgesetznovelle

Änderung des Postgesetzes dergestalt, dass die Bundesnetzagentur mehr Kompetenzen zur Überwachung der Postdienstleistung erhält (Laufzeiten, Qualität). Außerdem soll die Beförderung nachhaltiger und die sozialen Standards im Paketbereich erhöht werden. An den Vorgaben des Universaldienstes soll es keine Abstriche geben.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	3. Quartal 2023: Kabinett

#### ▪ Rüstungsexportkontrollgesetz

Entsprechend der Vorgaben des Koalitionsvertrages sollen die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU sowie die Politischen Grundsätze und die Kleinwaffengrundsätze der Bundesregierung gesetzlich verankert werden. Außerdem soll die Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter (sog. Post-Shipment-Kontrollen) ausgeweitet werden. Insgesamt soll eine restriktive Grundausrichtung (stärkere Berücksichtigung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie) mit Elementen einer verstärkten Kooperation im Rüstungsbereich sowie dem Abbau von Bürokratie im Genehmigungsverfahren (insbesondere Abschaffung des doppelten Genehmigungserfordernisses bei der Ausfuhr von Kriegswaffen) verbunden werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	1. Quartal 2024: Kabinett

### AG Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

#### ▪ Wärmeplanungsgesetz

Der Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung über Wärmenetze und deren Dekarbonisierung ist, neben der Umstellung der dezentralen Wärmeversorgung von Gebäuden auf erneuerbare Energien (EE), die insbesondere mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) erreicht werden soll, eine weitere wichtige Säule einer effizienten und treibhausgasneutralen Wärmeversorgung und für das Erreichen der Klimaschutzziele unabdingbar.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	November 2023: Bundestag, 2./3 Lesung

---

- **Reform des Baugesetzbuches**

Ziel der Reform des Baugesetzbuches (BauGB) ist die Stärkung der Innenentwicklung sowie die Anpassung der Baunutzungsverordnung. Es geht darum, die vielfältige Nutzung der Fläche zu sichern und weiterzuentwickeln sowie die Prozesse zu vereinfachen und damit zu beschleunigen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

- **Nationaler Aktionsplan Wohnungslosigkeit**

Ziel ist es, gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen, die im Rahmen der Selbstverwaltung und der Rechtslage zur menschenwürdigen Unterbringung unfreiwillig obdachloser Menschen verpflichtet sind, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 überwunden werden kann.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Programm	Offen

---

## AG Tourismus

---

- **Nationale Tourismusstrategie**

Die Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Nationalen Tourismusstrategie liegen vor. Die Arbeitsplattform wurde gegründet. Wir wollen die Nationale Tourismusstrategie zu einer zukunftsfähigen, sozial gerechten, klimafreundlichen und innovativen Strategie ausgestalten.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Veranstaltung	6. September 2023 (Veranstaltung)
Antrag	Oktober/November 2023 (Antrag)

---

## AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

### ▪ Kreislaufwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft ist zentral für den schonenden Umgang mit Ressourcen, auch um weiter steigende Bedarfe nachhaltig zu decken. Sie entlastet Klima und Umwelt. Ressourcen werden geschont, indem Abfälle reduziert und vermieden werden. Wir wollen deshalb Mehrwegsysteme stärken sowie die Hersteller an den Reinigungskosten des öffentlichen Raums beteiligen. Des Weiteren werden wir einen Rahmen schaffen, der die rohstoffpolitisch relevanten Strategien der Bundesregierung zusammenführt, um den primären Rohstoffbedarf absolut zu senken.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	4. Quartal 2023
Verordnung	
Strategie	

---

### ▪ Klimaanpassung

Ziel ist, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen für eine vorsorgende Klimaanpassungsstrategie des Bundes und für die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen in erforderlichen Handlungsfeldern wie beispielsweise Hitzevorsorge, Gesundheitsprävention und Wasserinfrastruktur.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	3./4. Quartal 2023

---

### ▪ Planungsbeschleunigung

Im Koalitionsausschuss hat sich die Ampel darauf verständigt, immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Ziel ist, den Ausbau der EE voranzutreiben, insbesondere Windkraft an Land sowie grüne Elektrolyseure. Dazu wird unter anderem „Klima“ als Schutzgut ins Bundesimmissionsschutzgesetz aufgenommen und das Repowering erleichtert

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	September 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

### ▪ Transformation

Es gilt, die EU-Vorgaben zur Beschaffenheit von Kraft- und Brennstoffen sowie den Entschließungsantrag zur EU-Notfall-Verordnung umzusetzen. Dabei geht es unter anderem um die Zulassung paraffinischer Dieselkraftstoffe aus Synthese oder Hydrierungsverfahren als Reinkraftstoff nach der Norm DIN EN 15940.

Vorhaben	Zeitplan
Verordnung	September 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

---

## ▪ Nachhaltigkeit

Wir wollen das Thema Nachhaltigkeit weiter adressieren. Dazu wollen wir ein Positionspapier zur Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE) auf den Weg bringen. Geplant sind außerdem eine Plenardebatte und eine Veranstaltung.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Veranstaltung	26. September 2023 (Veranstaltung)
Vereinbarte Debatte	Oktober 2023 (Vereinbarte Debatte)
Positionspapier	Oktober 2023 (Positionspapier)

---

## ▪ Gewässerschutz

Wir wollen das Thema Gewässerschutz und Wasserknappheit weiter angehen. Dazu gilt es, eine EU-Recht umzusetzen. Ziel ist, die Wasserknappheit durch Wasserwiederverwendung für die landwirtschaftliche Bewässerung einzudämmen und die Umsetzung durch einheitliche Vorgaben zu erleichtern. Dadurch soll ein hohes Schutzniveau für die Umwelt und für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie die Förderung der Kreislaufwirtschaft erreicht werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Dezember 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

## ▪ Meeresschutz

Für die Bergung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee stehen für die nächsten Jahre 100 Millionen Euro bereit. Dazu liegt bereits das Sofortprogramm Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee vor. Es beinhaltet auch eine Kostenschätzung für die bauliche Umsetzung und den laufenden Betrieb von unbemannten ferngesteuerten Einheiten zur Bergung sowie von einer mobilen, schwimmenden Anlage zur Munitionsentsorgung. 2024 sollen die Pilotanlagen zur Beräumung und Vernichtung an Land oder auf See ihren Betrieb aufnehmen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Programm	Laufend

---

## ▪ Naturschutz

Im Koalitionsausschuss hat sich die Ampel darauf verständigt, den Naturschutz zu stärken. Ziel ist, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, um mehr Naturflächen zu sichern und bereitzustellen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3. Quartal 2023: Regierungsentwurf

---

---

## ▪ Chemikalienrecht

Ziel ist, ein Vergiftungsregister zur Früherkennung von Gesundheitsgefahren einzurichten sowie die gute Laborpraxis anzupassen.

### **Vorhaben**

Gesetz

### **Zeitplan**

September 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

## ▪ Luftreinhaltung

Ziel ist, Luftschadstoffemissionen zu reduzieren. Der Fokus liegt dabei vor allem auf Feinstaub und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität. Darüber hinaus gilt es, EU-Vorgaben zu den besten verfügbaren Techniken mit Blick auf die Abfallverbrennung umzusetzen.

### **Vorhaben**

Verordnung  
Programm

### **Zeitplan**

September 2023: Kabinett

---

## ▪ Lärmschutz

Im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel darauf verständigt, eine „Experimentierklausel“ für an Gewerbe heranrückende Wohnbebauung einzuführen. Dazu wird die Verwaltungsvorschrift „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (kurz: TA Lärm) angepasst.

### **Vorhaben**

Verwaltungsvorschrift

### **Zeitplan**

4. Quartal 2023

---

## ▪ Recht auf Reparatur

Um Ressourcen einzusparen und die Umweltbilanz zu verbessern, sollen Produkte eine höhere Lebensdauer erhalten und besser reparierbar sein. Folgende Vorhaben sind hierfür vorgesehen: das Aktionsprogramm „Reparieren statt Wegwerfen“ des Bundesumweltministeriums und ein Reparaturgesetz. Zudem unterstützen wir EU-Initiativen zur Weiterentwicklung von diversen Richtlinien, darunter zu Ökodesign, Warenkauf, unlauteren Geschäftspraktiken und zu Verbraucherrechten.

### **Vorhaben**

Programm  
Gesetz

### **Zeitplan**

August 2023: Kabinett

---

---

- **Stärkung der Verbraucherforschung**

Die Verbraucherforschung wurde beim Umzug der Zuständigkeit vom Bundesjustiz- ins Bundesumweltministerium durch Stellenwegfall geschwächt. Aber insbesondere zu vulnerablen Verbrauchergruppen ist Verbraucherforschung nötiger denn je. Für gezielte Unterstützungsmaßnahmen der besonders von den Auswirkungen von Klimakrise, Krieg und Corona betroffenen Verbraucher ist eine bessere wissenschaftliche Basis notwendig.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Studie	Offen

---

- **Stärkung der Verbraucherresilienz**

Bereits vor der Corona-Pandemie waren sechs bis sieben Millionen Verbraucher:innen überschuldet. Durch finanzielle Mehrbelastungen wie steigende Energie- und Lebensmittelpreise wird die Zahl der Betroffenen weiter steigen. Die Schuldnerberatung gewinnt deshalb zunehmend an Bedeutung. Längst ist der Bedarf nicht mehr auf Arbeitslose beschränkt, sondern reicht bis in den Mittelstand hinein. Zwar ist die Beratung selbst Ländersache. Auf Bundesebene aber ist das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV) für Verbraucherresilienz und somit für Schuldnerberatung zuständig. Im Haushalt sind für 2022 eine Million Euro und ab 2023 zwei Millionen Euro an finanziellen Mitteln bereitgestellt.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

## AG Klimaschutz und Energie

---

- **Ausbau der Erneuerbaren Energien**

Der Ausbaupfad für Photovoltaik (PV) ist sehr ambitioniert: Bis 2030 215 Gigawatt (GW) installierte Leistung. Regelungen sollen Ausbau erleichtern und beschleunigen, unter anderem durch flexiblere Ausgestaltung der Direktvermarktungspflicht für PV-Dachanlagen, Einführung des Modells der gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung, Erleichterung der Nutzung von Steckersolargeräten sowie Beschleunigung von Netzanschlüssen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetze	November 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

---

- **Klimaschutz**

---

---

Das vorliegende Programm bündelt die für die Umsetzung unserer Klimaziele notwendigen Maßnahmen in allen Sektoren: Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, sowie Abfallwirtschaft und sonstiges. Auf dem Weg zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 ist gemäß Bundes-Klimaschutzgesetz bis 2030 eine Minderung der gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 vorgesehen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Programm	Offen

---

▪ **Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes**

Einführung einer sektoren- und jahresübergreifenden Gesamtbetrachtung der Jahresemissionsgesamtmengen. Die Bundesregierung beschließt bei Überschreitung der Mengen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren Maßnahmen, die die Einhaltung der Jahresemissionsgesamtmengen sicherstellt (Klimaschutz als Querschnittsaufgabe). Außerdem: Verordnungs-Ermächtigung 2024 für technische Senken.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Steuerbare Kraftwerke**

Ausschreibung von 8,8 GW von neuen Wasserstoff-Kraftwerken und 15 GW an Kraftwerken, die mit Wasserstoff betrieben werden können (H<sub>2</sub>-ready-Kraftwerke). Sie dürfen bis maximal 2035 mit Erdgas betrieben werden. Investitionskostenzuschüsse für Errichtung der Anlagen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Strategie	Offen

---

▪ **Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur (BNetzA) für Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung; Wasserstoff-Kernnetz**

Für die Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung ist gemäß eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ausschließlich die nationale Regulierungsbehörde (BNetzA) zuständig. Die Regulierung darf zukünftig nicht durch eine Verordnungsermächtigung vorstrukturiert sein (EuGH Urteil C-718/18). In der Übergangszeit erhält die nationale Regulierungsbehörde einerseits die Möglichkeit, änderungsbedürftige Regelungen der Rechtsverordnungen zu ändern, andererseits das Regulierungsrecht zu erhalten, soweit sie es für sachgerecht hält. Zudem werden Regelungen zur Beschleunigung des Netzausbaus und der Netzoptimierung eingeführt sowie Maßnahmen zur Ladeinfrastruktur umgesetzt. Es wird die Grundlage für das Wasserstoff-Kernnetz (1. Stufe), im Anschluss dann eine umfassende Wasserstoffnetzentwicklungsplanung (2. Stufe) geschaffen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	September 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Wasserstoffstrategie**

---

---

Die Nationale Wasserstoffstrategie (NWS) setzt einen kohärenten Handlungsrahmen für die künftige Erzeugung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff und seinen Derivaten, einschließlich entsprechender Forschung, Innovationen und Investitionen. Die Fortschreibung der NWS sowie die darauf aufbauende Importstrategie für Wasserstoff und seine Derivate ist ein wichtiger Baustein für die Sicherheit und Zukunftsfestigkeit Deutschlands. Dazu gehören neben der Verdoppelung des nationalen Ausbauziels der Elektrolyseleistung von 5 auf mindestens 10 GW bis 2030, die Beschleunigung des Infrastrukturaufbaus.

**Vorhaben**

Strategie

**Zeitplan**

August 2023: Kabinett

---

▪ **Strommarktdesign**

Klimaneutrales Strommarktdesign zu folgenden Themen, die in den jeweiligen Arbeitsgruppen diskutiert werden: Dauerhafte Sicherstellung von Finanzierung der EE, Rolle und regulatorische Ausgestaltung von Flexibilitätsoptionen im zukünftigen Stromsystem, Gewährleistung von Versorgungssicherheit durch steuerbare Leistungen, Auswirkung von lokalen Preissignalen auf Investitions- und Betriebsentscheidungen von Anlagen sowie Verbraucher:innen.

**Vorhaben**

Bericht

**Zeitplan**

Winter 2023/2024

---

**AG Ernährung und Landwirtschaft**

▪ **Änderung des Tierschutzgesetzes**

Mit der Änderung des Tierschutzgesetzes sollen Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes geschlossen und die bestehenden tierschutzrechtlichen Regelungen an aktuelle wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse angepasst werden. Ziel ist es, den Tierschutz bei der Haltung und Nutzung von Tieren umfassend zu stärken.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

September 2023: Kabinett

Dezember 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

▪ **Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung**

Die Bundesregierung legt gemäß des Landwirtschaftsgesetzes alle vier Jahre einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft – unter anderem zur Einkommensentwicklung der vergangenen vier Wirtschaftsjahre (2019-2023) – vor. Zugleich dient der Bericht als Standortbestimmung der Agrarpolitik der Bundesregierung und präsentiert die agrarpolitischen Weichenstellungen, Ziele und Vorhaben.

**Vorhaben**

Bericht

**Zeitplan**

Oktober 2023: Kabinett

---

▪ **Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt**

---

---

Rund 15 Prozent der 3- bis 17jährigen in Deutschland sind übergewichtig, darunter knapp sechs Prozent adipös. Für viele Kinder ist das eine erhebliche psychische und physische Belastung. Hinzu kommen mögliche Folgeerkrankungen. Ernährungspräferenzen werden im Kindesalter ganz besonders geprägt. Im Fokus steht dabei die Werbung, die das Ernährungsverhalten von Kindern maßgeblich prägt. Ziel ist deshalb, das Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz (KLWG) zu regulieren.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

▪ **Tierhaltungskennzeichnungsgesetz**

Im Juni 2023 hat die Ampel das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (THKG) beschlossen. Mit einer ersten Änderung des THKG strebt die Ampel an, auch Ferkel und Sauen sowie die Außer-Haus-Verpflegung und verarbeitete Produkte in den Geltungsbereich mitaufzunehmen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023

---

▪ **Ernährungsstrategie der Bundesregierung**

Im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel auf den Beschluss einer Ernährungsstrategie verständigt. In Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren soll sie bis 2023 auf den Weg gebracht werden. Ziel ist, eine gesunde Umgebung für Ernährung und Bewegung zu schaffen.

**Vorhaben**

Strategie

**Zeitplan**

4. Quartal 2023

---

▪ **Düngegesetz**

Das Düngegesetz muss angepasst werden, um EU-Recht umzusetzen, die Stoffstrombilanz-Verordnung zu optimieren und eine Verordnung zum Wirkungsmonitoring der Düngeverordnung einführen zu können. Zudem wird eine neue EU-Verordnung zum Inverkehrbringen von EU-Düngeprodukten umgesetzt. Die Regelungen sorgen dafür, dass sichere und wirksame EU-Düngeprodukte zur Verfügung stehen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Oktober 2023: Bundestag, 1. Lesung

November 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Bio-Strategie 2030**

---

---

Die „Zukunftsstrategie ökologischer Landbau“ wird zu einer „Bio-Strategie 2030 - Nationale Strategie für 30 Prozent ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft bis 2030“ der Bundesregierung weiterentwickelt.

**Vorhaben**

Strategie

**Zeitplan**

Oktober 2023: Kabinett

---

▪ **Zukunftsfähige Fischerei in Deutschland**

Begleitend zur geplanten Zukunftskommission Fischerei werden die Ampelfraktionen einen Antrag erarbeiten. Ziel ist, Perspektiven und Maßnahmen für die Branche einzufordern, um eine ökologisch wie ökonomisch nachhaltige Fischerei ermöglichen.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

4. Quartal 2023

---

▪ **Frauen in der Landwirtschaft**

Rund ein Drittel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind Frauen. Sie sind in vielerlei Funktionen in der Landwirtschaft tätig. Jedoch wird nur jeder neunte Betrieb von einer Frau geleitet. Basierend auf einem Forschungsprojekt des Thünen-Instituts zur Lebenssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben wollen wir von Ausbildung bis Rente eine Plattform für Austausch und Lösungsansätze schaffen.

**Vorhaben**

▪ Veranstaltung

**Zeitplan**

13. November 2023

---

### AG Verkehr

#### ▪ **Gesetz zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich**

Das Gesetz soll der Beschleunigung von Verkehrsprojekten dienen, unter anderem durch die Feststellung eines überragenden öffentlichen Interesses. Dies gilt vor allem bei der Schiene sowie bei der beschleunigten Umsetzung von Brückensanierungen und Digitalisierung.

##### **Vorhaben**

Gesetz

##### **Zeitplan**

Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

#### ▪ **Änderung mautrechtlicher Vorschriften**

Vorgesehen ist eine Ausdehnung der Maut in zwei Schritten. Zum 1. Dezember 2023 wird eine CO<sub>2</sub>-Komponente eingeführt. Ab Mitte 2024 werden zudem Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen einbezogen.

##### **Vorhaben**

Gesetz

##### **Zeitplan**

September/Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

#### ▪ **Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz**

Mit der Änderung wird die Zulassung von paraffinischen Dieselmotoren (nach DIN EN 15940) geregelt. Ausgeschlossen von der Anrechnung auf die Mindestziele des Saubere-Fahrzeuge-Gesetzes sollen aber Kraftstoffe werden, die aus fossilen Rohstoffen gewonnen werden, die nach der Norm grundsätzlich zulässig sind.

##### **Vorhaben**

Gesetz

##### **Zeitplan**

Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

#### ▪ **Änderung des Luftverkehrsgesetzes**

Mit der Änderung des Luftverkehrsgesetzes ist unter anderem geplant, Luftsicherheitsregelungen so anzupassen, dass der Ausbau der Windenergie erleichtert wird bei gleichzeitiger Wahrung gängiger Sicherheitsstandards.

##### **Vorhaben**

Gesetz

##### **Zeitplan**

3. Quartal 2023

---

#### ▪ **Vollstreckung von Fahrverboten und Entziehung der Fahrerlaubnis bei Inhabern ausländischer EU- und EWR-Kartenführerscheine mit ordentlichem Wohnsitz im Ausland**

---

---

Es sollen voraussichtlich Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB), in der Strafprozessordnung (StPO), dem Straßenverkehrsgesetz (StVG) und der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) vorgenommen werden, um die Vollstreckung von bußgeldrechtlichen und strafrechtlichen Fahrverboten als auch die Vollstreckung von verwaltungsrechtlichen oder strafrechtlichen Entziehungen der Fahrerlaubnis EU-Richtlinienkonform vorzunehmen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Dezember 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes**

Im Koalitionsvertrag wurde die Zusammenlegung von DB Netz und DB Station&Service zu einer gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte (InfraGO) vereinbart. Das Gesetz bereitet diese Zusammenlegung vor allem mit Bezug auf Bahninfrastrukturfinanzierungsmöglichkeiten des Bundes vor.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Änderung des Straßenverkehrsgesetzes**

Das Straßenverkehrsgesetzes (StVG) soll im Sinne des Koalitionsvertrages angepasst werden, um Kommunen mehr Entscheidungsspielraum bei verkehrsrechtlichen Anordnungen zu gewähren.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Moderne-Schiene-Gesetz**

Vorhaben aus der Beschleunigungskommission Schiene, die bis dahin noch nicht in anderen Gesetzen Eingang gefunden haben, sollen durch das Gesetz gebündelt umgesetzt werden.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Referentenentwurf

---

▪ **Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV**

Laut Koalitionsvertrag soll ein Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV geschlossen werden. In dem Bund-Länder-Übereinkommen sollen Qualitätsmerkmalen des ÖPNV, Transparenz der Mittelverwendung durch die Länder und Finanzierungsnotwendigkeiten formuliert werden.

**Vorhaben**

Bund-Länder-Abkommen

**Zeitplan**

Bis 4. Quartal 2023

---

## AG Digitales

---

▪ **Digitale-Dienste-Gesetz**

---

---

Mit der Umsetzung des europäischen „Digital Services Act“ (DSA) – dem „Grundgesetz des Internets“ – wird es eine grundlegende Überarbeitung des nationalen Rechtsrahmens, insbesondere mit Blick auf das Telemediengesetz (TMG) und das Netzwerkdurchsetzungs-Gesetz geben. Viele bestehende Regelungen werden aufgehoben, da sie Eingang in den DSA gefunden haben.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023

---

- **TK-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz**

Umgesetzt sollen hier Maßnahmen aus der Gigabitstrategie, wie die Beschleunigung des Netzausbaus und Bürokratieabbau.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023

---

- **Änderung des Telekommunikationsgesetzes**

Mit der Änderung des Telekommunikationsgesetzes sollen Vorhaben der Gigabitstrategie, wie Gigabit-Grundbuch, rechtssichere Datenerhebung und -bereitstellung, umgesetzt werden. Gegebenenfalls soll durch Änderung der Verordnung über die Mindestanforderungen für das Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten die TK-Mindestversorgung konkretisiert werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetze	Offen

---

- **Verordnung über Dienste zur Einwilligungsverwaltung nach dem Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz sowie Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz**

Festgeschrieben werden sollen hiermit die Vorgaben für ein rechtssicheres, nutzerfreundliches und wettbewerbskonformes Verfahren zur Einwilligung im Speichern und Abrufen von Informationen (z.B. Cookies). Im Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz sollen Klarstellungen im Bereich der Aufsicht getroffen werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

- **Änderung des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst**

Gemäß Koalitionsvertrag wird ein Naturgefahrenportal im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Warn- und Informationsprozesses für Wetter und Klima eingerichtet.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023

---

- **Mobilitätsdatengesetz**

---

---

Mobilitätsdaten bilden die Grundlage für das Verkehrssystem der Zukunft. Das Mobilitätsdatengesetz soll Lücken in aktuell geltenden Datenbereitstellungspflichten schließen, die Datennutzung unter Wahrung der Schutzrechte ermöglichen und eine bessere Datenqualität fördern.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Offen

---

▪ **Internationale Digitalstrategie**

Bereits in der Digitalstrategie Deutschland wurde die Erarbeitung einer internationalen Digitalstrategie festgelegt. Diese soll die digitale Souveränität unserer internationalen Partnern stärken und helfen digitale Gräben zu überwinden.

**Vorhaben**

▪ Eckpunkte

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

### AG Haushalt

#### ▪ **Bundeshaushalt 2024**

Parlamentarisches Verfahren zum Haushalt 2024, Haushaltsberatungen und Haushaltsbegleitgesetz

#### **Vorhaben**

Gesetz

#### **Zeitplan**

September bis November 2023: Beratungen im Haushaltsausschuss  
November 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

### AG Finanzen

#### ▪ **Wachstumschancengesetz**

Durch das Wachstumschancengesetz sollen Impulse für Investitionen und Innovationen gesetzt werden. Dazu sollen unter anderem eine Investitionsprämie eingeführt und die steuerliche Forschungsförderung verbessert werden. Die Übergangszeit bis zur vollständigen Besteuerung von Altersrenten soll bis 2058 verlängert werden. Vorgesehen ist ebenfalls eine Mitteilungspflicht für innerstaatliche Steuergestaltungen.

#### **Vorhaben**

Gesetz

#### **Zeitplan**

12. Oktober 2023: Bundestag, 1. Lesung  
10. November 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

#### ▪ **Mindestbesteuerung**

Durch das Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz (MinBestRL-UmsG) soll die europäische Mindestbesteuerungsrichtlinie umgesetzt werden. Damit wird eine globale effektive Mindestbesteuerung multinationaler Unternehmensgruppen und großer inländischer Gruppen in der EU eingeführt.

#### **Vorhaben**

Gesetz

#### **Zeitplan**

3. Quartal 2023: Kabinett  
3./4. Quartal: Bundestag, 1. Lesung  
4. Quartal 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

#### ▪ **Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz**

---

Das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz (FKBG) enthält die Regelungen zur Errichtung des neuen Bundesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität, seiner Aufgaben und Befugnisse sowie notwendige Anpassungen im Bereich Geldwäscheaufsicht, Sanktionen und Strafverfolgung. Außerdem sind die Regelungen für ein Verfahren der administrativen Vermögensermittlung und für die Errichtung eines Immobilientransaktionsregisters vorgesehen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3. Quartal 2023: Kabinett 3./4. Quartal: Bundestag, 1. Lesung 4. Quartal 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

## AG Angelegenheiten der Europäischen Union

---

### ▪ Erweiterungspaket der EU-Kommission

Im Erweiterungspaket wird der Stand der laufenden Beitrittsverhandlungen, die Vorbereitungen der jüngsten Kandidatenländer Ukraine und Moldau sowie der potenziellen Kandidatenländer dargelegt. Ebenso werden voraussichtlich Empfehlungen für die nächsten Schritte gemacht, insbesondere für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kandidatenländern. Dazu werden wir uns mit einem Antrag positionieren.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Antrag	4. Quartal 2023: Annahme des Antrags

---

### ▪ Institutionelle Reformen der Europäischen Union

Das Europäische Parlament wird im Spätsommer einen detaillierten Entwurf für Vertragsveränderungen vorlegen, die im von ihm beantragten Konvent beraten werden sollen. Ende September wird zudem eine deutsch-französische Experten-Gruppe ihre Vorschläge zu institutionellen Reformen der EU machen. Wir werden uns in einem Antrag positionieren.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Antrag	Oktober/November 2023: Annahme des Antrages

---

### ▪ Reform des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG)

Mit Urteil vom 26. Oktober 2022 hat das Bundesverfassungsgericht die Pflicht der Bundesregierung festgestellt, den Bundestag auch im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik grundsätzlich ebenso umfassend zu unterrichten wie in den übrigen EU-Politikbereichen. Damit sind die bisherigen Sonderregelungen im EUZBBG unzutreffend, weshalb es novelliert werden muss.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	4. Quartal 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Sönke Rix**

### ▪ **Demokratiefördergesetz**

Mit dem Demokratiefördergesetz (DFördG) schaffen wir eine Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung, politischen Bildung und Prävention ergreift und Projekte längerfristig finanzieren darf. Das soll die Arbeit vieler Vereine und Verbände unterstützen, die sich für eine demokratische Gesellschaft und ein gutes Miteinander einsetzen.

#### **Vorhaben**

Gesetz

#### **Zeitplan**

3./4. Quartal 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

### ▪ **Familienstartzeit-Gesetz**

Mütter sollen direkt nach der Geburt von Partner:innen unterstützt werden können. Partnerschaftliche Aufgabenteilung von Anfang an entspricht dem Wunsch vieler Eltern. Auch Alleinerziehende sollen eine Person benennen können, die sie nach der Entbindung unterstützt. Eltern, deren Kind vier statt bislang sechs Wochen oder früher vor dem voraussichtlichen Tag der Entbindung geboren wird, erhalten einen weiteren Elterngeldmonat.

#### **Vorhaben**

Gesetz

#### **Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

### ▪ **Kindergrundsicherung**

Die Kindergrundsicherung soll eine Sozialleistung werden, die bestehende familienpolitische Leistungen wie Kindergeld, Steuerfreibeträge, Kinderzuschlag, Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie den Regelsatz abdeckt. Ziel ist, mehr Familien und Kinder zu erreichen und verdeckte Armut zu bekämpfen. Je weniger Geld Familien zur Verfügung haben, desto mehr sollen ihre Kinder profitieren.

#### **Vorhaben**

Gesetz

#### **Zeitplan**

3./4. Quartal 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

### ▪ **Stärkung des Amtes der Unabhängigen Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch**

Das Amt der Unabhängigen Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch (UBSKM), der Betroffenenrat und die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs sollen gestärkt werden. Mit einer Berichtspflicht gegenüber dem Parlament sollen einerseits die positiven Entwicklungen in Bund und Ländern aufgezeigt, aber auch Defizite oder Missstände klar benannt werden.

#### **Vorhaben**

Gesetz

#### **Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

### ▪ **Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes**

Die Reform soll die freie Inanspruchnahme der Schwangerschaftskonfliktberatung und den uneingeschränkten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sicherstellen, Belästigung von schwangeren

---

---

Frauen untersagen und das Personal in den entsprechenden Einrichtungen vor Behinderung schützen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

▪ **Freiwilligendienst-Teilzeitgesetz**

Personen unter 27 Jahren sollen Freiwilligendienste auch ohne ein berechtigtes Interesse in Teilzeit absolvieren können. Zudem soll die Obergrenze für ein angemessenes Taschengeld für Freiwilligendienstleistende angehoben werden.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

## AG Bildung und Forschung

---

▪ **Startchancen-Programm**

Mit dem Startchancen-Programm wollen wir Kindern bessere Bildung unabhängig von ihrer Herkunft ermöglichen. Hierzu wollen wir in eine zeitgemäße Lernumgebung, Schulsozialarbeiter:innen und ein Chancenbudget an Schule investieren. Das Programm soll rund 4.000 Schulen in besonders benachteiligten Sozialräumen erreichen und für bessere Bildungschancen in Deutschland sorgen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

▪ **Bericht Fortschritte Alphabetisierungs-Dekade**

Rund sechs Millionen Erwachsene in Deutschland haben fehlende Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen. Dies behindert ihre Teilhabe am alltäglichen Leben beträchtlich. Deshalb wurde 2016 eine Alphabetisierungsdekade ausgerufen, über deren Fortschritte die Bundesregierung berichtet.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3. Quartal 2023: Kabinett

---

▪ **Wissenschaftszeitvertragsgesetz**

Mit der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) soll die Planbarkeit und Verbindlichkeit für Karrieren in der Wissenschaft verbessert werden. Dazu zählen insbesondere Mindestvertragslaufzeiten, verbindlichere Schutzrechte für die Betreuung von Kindern und Angehörigen, eine Öffnung der Tarifsperr sowie eine Anschlusszusage für eine Dauerstelle. Damit wollen wir das Wissenschaftssystem attraktiver machen.

---

---

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

**▪ Gesetz zur Befreiung der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SprinD-Freiheitsgesetz)**

Die Deutsche Agentur für Sprunginnovationen (SprinD) soll mehr unternehmersichere Freiheiten erhalten, um Projekte schneller fördern zu können. Die Agentur fördert disruptive Innovationen, die durch neuartige Lösungsansätze bestehende Produkte und Technologien ersetzt und damit neue Märkte erschafft und Deutschland als Innovationsstandort stärkt.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

**▪ Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI)**

Mit der Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation soll anwendungsorientierte Forschung insbesondere an Hochschulen für angewandte Forschung (HAW) stärker gefördert werden. Damit wollen wir Innovationen insbesondere an HAW mit Start-ups, kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) und sozialen und öffentlichen Organisationen fördern.

**Vorhaben**

Begleitgruppe

**Zeitplan**

3. Quartal 2023: Einsetzung Gründungskommission und Pilotlinien

---

**▪ Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Sozialunternehmen**

Soziale Innovationen entstehen entlang gesellschaftlicher Herausforderungen unserer Zeit und liefern neue Ideen, wie gesellschaftliche Zusammenarbeit und soziale Prozesse innovativ gestaltet werden können. Die Bundesregierung möchte dieses Segment mit seinem transformativen Potenzial strategisch stärken.

**Vorhaben**

Strategie

**Zeitplan**

3. Quartal 2023: Kabinett

### AG Arbeit und Soziales

#### ▪ Rentenpaket II

Ziel ist es, das Rentenniveau dauerhaft zu sichern (Mindestrentenniveau von 48 Prozent) und ein Generationenkapital einzurichten.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	3. Quartal 2023

---

#### ▪ Gemeinsamer Berufseinstieg

Ziel der gesetzlichen Regelung ist es, die einheitliche Zuständigkeit für unter 25-Jährige im Sozialgesetzbuch III festzulegen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	4. Quartal 2023

---

#### ▪ Beschäftigtendatenschutzgesetz

Mit der Gesetzesänderung wird mehr Rechtsklarheit für Arbeitgeber sowie Beschäftigte geschaffen und ein effektiver Schutz der Persönlichkeitsrechte gewährleistet.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	3./4. Quartal 2023: Kabinett

---

#### ▪ Änderung des Arbeitszeitgesetzes

Die Gesetzeslage soll mit Blick auf die Erfassung der Arbeitszeit an die Rechtsprechung des Europäischen EuGH und des Bundesarbeitsgerichts (BAG) angepasst werden.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Offen

---

#### ▪ Werkstattträtekonzferenz

Thema der Werkstattträtekonzferenz wird die Reform des Werkstattentgelts und die bessere Gestaltung des Übergangs zwischen Werkstatt und 1. Arbeitsmarkt sein.

Vorhaben	Zeitplan
Veranstaltung	18. September 2023

---

---

- **Betriebsrätekonferenz**

Gegenstand der Betriebsrätekonferenz wird die Fachkräftestrategie sein. Dabei wird es unter anderem um die bessere Aktivierung der vorhandenen Potenziale gehen (Frauen, Jugend, Menschen mit Behinderungen; Stärkung der Weiterbildung).

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Veranstaltung	27. November 2023

---

- **Fachkonferenz zum Thema „Leben leichter machen“**

Thema der Veranstaltung sind die Maßnahmen der Bundesregierung und die Ideen der Fraktion zur Vereinfachung und Modernisierung des Sozialstaates.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Veranstaltung	November 2023

---

## **AG Gesundheit**

- **Krankenhausreform**

Im Fokus steht die Reform der Krankenhausfinanzierung. Ziel ist, die Behandlungsqualität durch Einführung von Leistungsgruppen und Verknüpfung mit Qualitätsvorgaben zu sichern und zu verbessern. Darüber hinaus entlasten wir Krankenhäuser von ökonomisch bedingten Fallzahlsteigerungen durch Einführung einer fallzahlunabhängigen Vorhaltevergütung. Des Weiteren stärken wir kleine ländliche Krankenhäuser.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023

---

- **Transparenzregelungen für Krankenhäuser**

Ziel ist es, Krankenhäuser in Leistungsstufen einzuteilen. Zudem sollen alle Leistungen und Leistungsgruppen erhoben und veröffentlicht werden. Die geforderten Qualitätskriterien müssen erfüllt werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3. Quartal 2023

---

---

- **Akademische Pflegeausbildung**

---

---

Mit dem Gesetzentwurf wird das Pflegestudium als duales Studium ausgestaltet und die Finanzierung des praktischen Teils der hochschulischen Pflegeausbildung durch Integration in das bestehende Finanzierungssystem der beruflichen Pflegeausbildung geregelt.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Entkriminalisierung von Cannabis**

Laut Koalitionsvertrag soll Cannabis umfassend entkriminalisiert werden. Die Reform beinhaltet zwei Säulen. Unter die erste Säule fällt: legaler Besitz von 25 Gramm, der Eigenanbau von bis zu drei Pflanzen, die Möglichkeit von Cannabis-Clubs sowie die Flankierung durch umfassende Maßnahmen zum Kinder- und Jugendschutz. Unter die zweite Säule fallen Modellprojekte zur Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Modellkommunen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

▪ **Stärkung der ambulanten Versorgung**

Ziel ist die Stärkung einer regional vernetzten und kooperativen Gesundheitsversorgung im ambulanten Sektor und an den Sektorengrenzen. Das Vorhaben eröffnet Möglichkeiten für Kommunen und Krankenkassen, und zwar durch die Schaffung der Möglichkeit von Gesundheitskiosken, die Sicherung der ambulanten Versorgung, insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen durch Gesundheitszentren/Primärversorgungszentren, durch ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Gesundheitsregionen, einer Reform des Gemeinsamen Bundesausschusses (Beteiligung Pflege/ Patienten), Erleichterungen bei der Schaffung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren, durch einen verbesserten Zugang zu Hilfsmitteln für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung sowie eine Länderbeteiligung in den Zulassungsausschüssen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

▪ **Weitergehender Ausbau der digitalen Infrastruktur im Gesundheitswesen und in der Pflege**

Ziel ist der konsequent patientenorientierte Ausbau der digitalen Infrastruktur mit der elektronischen Patientenakte (ePA) als Herzstück in der Versorgung und als Angebot für alle Versicherten (Opt-out). Vorgesehen ist die Weiterentwicklung des E-Rezepts, die Weiterentwicklung digitaler Gesundheitsanwendungen, die Stärkung telemedizinischer Angebote, Maßnahmen für mehr Interoperabilität und Cybersicherheit sowie die Verstärkung des Innovationsfonds beim Gemeinsamen Bundesausschuss.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Dezember 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Schaffung einer breiter verfügbaren Gesundheitsdateninfrastruktur**

Ziel ist es, unterschiedliche Datenhabitats in den Bereichen Gesundheit und Pflege weiterzuentwickeln und insbesondere zu verknüpfen (inkl. autorisierter Zugänge) und diese mit dem Europäischen Raum für Gesundheitsdaten (EHDS) zu verknüpfen. Ziel sind neue Erkenntnisse für Therapien, die

---

---

Neu- und Weiterentwicklung von Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie die Anpassung von Versorgungsprozessen, die Förderung der Patientensicherheit und eine verstärkte Qualitätssicherung im System.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Dezember 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

### AG Inneres

#### ▪ **Ausbau des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik zur Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis**

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll – vergleichbar dem Bundeskriminalamt (BKA) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) – zu einer Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis ausgebaut werden, damit eine auf Dauer angelegte Form der Kooperation ermöglicht wird. Dadurch könnte der Informationsaustausch in der Cyber- und Informationssicherheit und damit auch die Qualität der Lagebilder verbessert werden. Zugleich würde es dem Bund möglich, hochspezialisierte Expertise zentral vorzuhalten und diese den Ländern für die Erfüllung ihrer Aufgaben auch dauerhaft zur Verfügung zu stellen

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Offen

#### ▪ **Registerzensusgesetz**

Der Registerzensus wird häufigere, aktuellere und regional tiefer untergliederte Ergebnisse sowie ab 2025 jährlich die Übermittlung geokodierter Bevölkerungszahlen ermöglichen. Der Registerzensus ermöglicht es, diese Anforderungen kostengünstig, digital und belastungsarm zu erfüllen, indem er auf ein rein registerbasiertes Verfahren ohne zusätzliche Befragungen setzt.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Offen

#### ▪ **Eckpunkte „Aufbau eines Gebäude- und Wohnungsregisters“**

Ein Gebäude- und Wohnungsregister soll als Basisregister behördenübergreifend Immobiliendaten bereitstellen und damit eine Lücke in der Registerlandschaft schließen. Damit kann ein solches Register vielfältige Nutzungszwecke erfüllen, so im Bereich der Statistik (Wegfall der Gebäude- und Wohnungszählung), der Wohnungspolitik und bei Klimaschutzfragen. Wie in der Strategie zur Bekämpfung der Schweren und Organisierten Kriminalität des Bundesministeriums des Innern und für Heimat dargelegt, soll es auch die Zuordnung von Vermögenswerten erleichtern, die auf organisierter Kriminalität beruhen.

Vorhaben	Zeitplan
Gesetz	Offen

#### ▪ **Änderung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)**

---

Mit Auslaufen der Umsetzungsfrist des Onlinezugangsgesetzes (OZG) Ende 2022 muss das OZG angepasst und weiterentwickelt werden, um die flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung weiter voranzutreiben.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023

---

▪ **Bundesdatenschutzänderungsgesetz**

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, Vereinbarungen des Koalitionsvertrags (Institutionalisierung der Datenschutzkonferenz und – wo möglich – Ermöglichung rechtlich verbindlicher Beschlüsse) aufzugreifen sowie Ergebnisse umzusetzen, die sich aus der Evaluierung des Gesetzes ergeben haben.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	4. Quartal 2023: Beginn parlamentarisches Verfahren

---

▪ **ZITiS-Gesetz**

In Umsetzung des Koalitionsvertrags wird eine gesetzliche Grundlage für die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) geschaffen. Bisher ist die rechtliche Grundlage ein Er richtungserlass des BMI aus 2017.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Eckpunkte Digitalcheck**

Im Koalitionsvertrag ist ein „Digitalcheck“ vereinbart, also dass im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens die Möglichkeit der digitalen Ausführung geprüft werden soll. Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) prüft seit dem 1. Januar 2023, „inwieweit die Möglichkeiten der digitalen Ausführung neuer Regelungen geprüft wurden. Die Pflicht zur Durchführung des Digitalchecks liegt indes bei der Bundesregierung. In Eckpunkten sollen die Ausgestaltung und Weiterentwicklung festgehalten werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Eckpunkte	August 2023: Kabinett

---

▪ **Stärkung der Cybersicherheit**

Die EU-Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (NIS-2-Richtlinie) ersetzt die sogenannte NIS-Richtlinie, mit der unter anderem ein einheitlicher Rahmen geschaffen wurde für die Identifizierung von Betreibern wesentlicher Dienste (Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) nach dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) im deutschen Recht) sowie für diese verpflichtende Sicherheitsmaßnahmen und Meldepflichten. Die NIS-2-Richtlinie ist am 16. Januar 2023 in Kraft getreten, die Umsetzungsfrist endet am 17. Oktober 2024.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

---

- **Staatsangehörigkeitsgesetz**

Ziel des Gesetzes ist die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts, das den Erfordernissen eines Einwanderungslandes Rechnung trägt. Der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit soll für die auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden Migrant:innen vereinfacht und beschleunigt werden, um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3. Quartal 2023: Kabinett

---

- **Amtsangemessene Alimentation**

Infolge von zwei Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts von Mai 2020 zum Mindestabstand der untersten Besoldungsstufen von Beamt:innen zum Grundsicherungsniveau sollen nun Veränderungen in der Bundesbesoldung erfolgen, wie die Anhebung des Eingangsamtes und der Beihilfeanteile sowie höhere Familienzuschläge.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3. Quartal 2023: Kabinett

---

- **Anpassung der Bundesbesoldung und Ruhegehaltspflichtigkeit von Polizeizulagen**

Mit dem Gesetz soll der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst auf die Bundesbesoldung und -versorgung übertragen werden. Im Annex soll die Ruhegehaltspflichtigkeit der Polizeizulage geregelt werden.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

- **Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst**

Verfassungsfeinde sollen schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden, indem Behörden statusrelevante Maßnahmen ermöglicht werden, wie beispielsweise die Entlassung.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

- **Anrechnung von Einkommen auf Ruhebezüge ehemaliger Bundespräsidenten**

Die Ruhebezüge von Bundespräsidenten sollen künftig auch dann gekürzt werden können, wenn es Erwerbseinkommen erzielt werden, die nicht aus dem öffentlichen Dienst stammen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

- **Änderung des Bundesvertriebenengesetzes**

---

---

Durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind die Anforderungen für Spätaussiedler angehoben worden. Um zu vermeiden, dass der Spätaussiedlerzuzugs dadurch begrenzt wird, ermöglicht die Reform die Rückkehr zu der früheren Verwaltungspraxis.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

▪ **Partizipationsgesetz**

Das Partizipationsgesetz soll mehr Repräsentanz und Teilhabe gewährleisten und mit dem Leitbild „Einheit in Vielfalt“ die Partizipation der Einwanderungsgesellschaft stärken. In der Bundesverwaltung und in den Unternehmen mit Bundesbeteiligung soll eine ganzheitliche Diversity-Strategie eingeführt werden.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023: Kabinett

---

▪ **Antrag Antiziganismus**

Der Antrag dient der erneuten Diskussion des Berichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus aus der 19. Wahlperiode und orientiert sich in seinem Forderungsteil weitgehend an den Empfehlungen der Unabhängigen Kommission

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

Oktober 2023

---

▪ **Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes**

Das Bundespolizeigesetz (BPolG) wird erstmals nach 1994 wieder umfassender überarbeitet. Damit wird unter anderem die Sicherheitsüberprüfung bei einer Beschäftigung für die Bundespolizei auf weitere Personengruppen ausgeweitet. Zudem ist die Einführung einer Legitimations- und Kennzeichnungspflicht geplant.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

Offen

---

▪ **Reform des Nachrichtendienstrechts**

Aufgrund aktueller Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts müssen die Vorschriften über die Übermittlung nachrichtendienstlich gewonnener Informationen neu gefasst werden. Dies muss bis zum 31. Dezember 2023 umgesetzt werden, da die bisherigen Vorschriften dann außer Kraft gesetzt werden.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3. Quartal 2023: Kabinett

---

▪ **Waffenrecht**

---

---

Das Waffenrecht soll geändert werden, beispielsweise soll der Waffenerwerb durch psychisch Kranke verhindert werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

- **Periodischer Sicherheitsbericht**

Es wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um eine regelmäßige Erstellung des Sicherheitsberichts zu gewährleisten.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

- **KRITIS-Dachgesetz**

Mit dem KRITIS-Dachgesetz wird zum einen eine Forderung des Koalitionsvertrages umgesetzt, zum anderen die EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-Richtlinie) in nationales Recht umgesetzt. Ziel ist der physische Schutz unserer kritischen Infrastruktur.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Konzeption/Gründung	3./4. Quartal 2023

---

## AG Recht

---

- **Änderung des Grundgesetzes (Kinderrechte und sexuelle Identität)**

Wir wollen die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankern und orientieren uns dabei maßgeblich an den Vorgaben der VN-Kinderrechtskonvention. Auch soll Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzt werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023: Vorstellung des Gesetzentwurfs

---

- **Anpassungen im Wohnungseigentumsgesetz (WEG)**

Ziel ist, virtuelle Wohnungseigentümersammlungen zuzulassen, den Einsatz von Steckersolargeräten zu erleichtern und die Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen zu ermöglichen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023: Kabinett

---

- **Reform des Namenrechts**

---

---

Durch die Reform des Namensrechts sollen unter anderem Doppelnamen für Kinder und Ehegatten künftig leichter möglich sein, die Namensänderung für (sogenannte) Scheidungshalbwaisen erleichtert werden und geschlechterangepasste Formen des Familiennamens, wenn dies der Tradition der Sprache entspricht, aus der der Name stammt, erleichtert werden. Auch soll der Zwang zur Namensänderung nach einer Erwachsenenadoption aufgehoben werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3. Quartal 2023: Kabinett

---

▪ **Reform des Familienrechts**

Das Kindschaftsrecht, insbesondere das Sorge- und Unterhaltsrecht, soll reformiert werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes**

Der Anwendungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) soll ausgeweitet, Schutzlücken geschlossen und der Rechtsschutz verbessert werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3. Quartal 2023: Eckpunkte

---

▪ **Reform des Mietrechts**

Geplant ist die im Koalitionsvertrag konkret vereinbarten Mieterschutzvorhaben umzusetzen. Dazu gehören: die Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029, die Absenkung der Kappungsgrenze von 15 auf 11 Prozent, die Einführung einer Pflicht für Gemeinden ab 100.000 Einwohnern, qualifizierte Mietspiegel zu erstellen und die Verlängerung des Mietspiegelbetrachtungszeitraums von sechs auf sieben Jahre. Auch soll sich die Heilungswirkung von Schonfristzahlungen auf ordentliche Kündigungen erstrecken.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Reform des Abstammungsrechts**

Das Abstammungsrecht soll reformiert werden: vorgesehen sind die Einführung der Mitmutterschaft, eine Regelung vorgeburtlicher Rechtsvereinbarungen zur Elternschaft sowie die Absicherung von Dreierkonstellationen in der Elternschaft (z.B. kleines Sorgerecht).

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3. Quartal 2022: Eckpunkte

---

▪ **Einführung der Verantwortungsgemeinschaft**

---

---

Das Institut der Verantwortungsgemeinschaft soll eingeführt werden, um zwei oder mehr Erwachsenen rechtliche Verantwortungsübernahme füreinander jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zu ermöglichen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Verfassungstreue Schöffinnen und Schöffen in der Justiz**

Mit dem Gesetz soll sichergestellt werden, dass Schöff:innen im Justizdienst verfassungstreu sind. Wenn das nicht der Fall ist, können sie leichter aus dem Dienst entfernt werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	September 2023: Bundestag, 1. Lesung Dezember 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Virtuelle Versammlungen in rechtsberatenden Berufskammern**

Digitalisierung der Versammlungen der verkammerten Berufsstände.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	September 2023: Bundestag, 1. Lesung Dezember 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Virtuelle und hybride Verfahren in der Zivil- und Fachgerichtsbarkeit**

Die Beantragung (Parteien) und Anordnung (Gericht) von virtuellen und hybriden Verfahren in der Fach- und Zivilgerichtsbarkeit soll neu geregelt werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	September 2023: Bundestag, 1. Lesung Dezember 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und Kontrolle Versicherungspflicht**

Umgesetzt werden soll hier 1:1 eine EU-Richtlinie. Damit wird erstmalig eine Versicherungspflicht für selbstfahrende Arbeitsmaschinen und Motorsportfahrzeuge eingeführt. Des Weiteren wird ein Entschädigungsfonds bei der Verkehrsofferhilfe e. V. eingerichtet. An bestehenden Versicherungspflichten ändert sich wenig.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	September 2023: Bundestag, 1. Lesung Dezember 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Digitalisierung der Verfahren beim Bundesverfassungsgericht**

---

---

Die Verfahren beim Bundesverfassungsgericht, insbesondere des elektronischen Rechtsverkehrs, sollen umfassend digitalisiert werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Leitentscheidungen durch den Bundesgerichtshof**

Eingeführt werden soll eine neue Verfahrensform für den Bundesgerichtshofs. Künftig kann der BGH dann geeignete Revisionsverfahren „an sich ziehen“ und strittige Rechtsfragen von übergeordnetem Interesse ohne Rechtsbindung beantworten.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Einführung von spezialisierten Handelskammern mit internationalem Bezug**

Die Verfahrensordnung soll geändert werden, damit Länder entsprechende spezialisierte Handelskammern mit internationalem Bezug („Commercial Courts“) einrichten können. Verfahren sollen durchgängig in englischer Sprache geführt werden können.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung**

Durch die Reform der Regelungen zur Quellen-TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) und Online-Durchsuchung in der Strafprozessordnung sollen diese an die Rechtsprechung des BVerfG angepasst werden und die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umgesetzt werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Quick-Freeze/IP-Speicherung**

Anpassung der Regelungen an die Rechtsprechung des EuGH und die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Digitale-Gewalt-Schutzgesetz**

---

---

Eingeführt werden sollen mit dem Digitale-Gewalt-Schutzgesetz gerichtliche Verfahren für Account-Sperren in sozialen Netzwerken bei wiederholten oder andauernden Rechtsverletzungen seitens eines Accounts. Auch die Auskunftsrechte Betroffener digitaler Gewalt sollen verbessert werden.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal: Kabinett

---

▪ **Gesetz zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung (DokHVG)**

Mit dem Gesetz soll eine Audio- und optionale Videodokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung bei den Landes- und Oberlandesgerichten eingeführt werden. Dies soll einer besseren Wahrheitsfindung durch Korrektur von unbewussten Wahrnehmungsverzerrungen dienen.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

September 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Modernisierung des Strafrechts**

Das materielle Strafrecht soll überarbeitet werden, um historisch überholte Straftatbestände abzuschaffen und die Justiz zu entlasten, insbesondere zur Entkriminalisierung des so genannten Schwarzfahrens.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3. Quartal 2023 Referentenentwurf

---

▪ **Verschärfung der Regelungen zur Abgeordnetenbestechung**

Die Ausnutzung des Mandats soll auch außerhalb der engen Wahrnehmung der Aufgaben im Parlament unter Strafe gestellt werden. Dadurch sollen insbesondere Fälle, wie die sogenannten Maskendeals, zukünftig erfasst werden.

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

▪ **Reform des § 184b StGB (Kinderpornografie)**

Die 2021 eingeführte Mindeststrafe von einem Jahr gilt auch bei Verhalten in Grenzbereichen der Strafwürdigkeit, beispielsweise bei Personen, die auf Missbrauchsdarstellungen aufmerksam machen

---

---

wollen. Diese Fälle binden massive Ressourcen bei den Strafverfolgungsbehörden, die für die Verfolgung von echten Sexualstraftäter:innen fehlen. Deshalb passen wir den § 184 b StGB an und senken die Mindeststrafe bei dem Tatbestand der Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte ab, bei Beibehaltung der Höchststrafe von 10 Jahren. Diese Anpassung wird in der Praxis einhellig gefordert, unter anderem von der Innenministerkonferenz, der Justizministerkonferenz, Ländern, Justiz und Anwaltsverbänden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	3./4. Quartal 2023

---

▪ **Reform des Völkerstrafrechts**

Durch die Reform des Völkerstrafrechts sollen Strafbarkeitslücken mit Blick auf sexualisierte Gewalt und des zwangsweisen Verschwindenlassens geschlossen werden. Die Opferrechte sollen gestärkt und eine bessere Breitenwirksamkeit des Völkerstrafrechts, insbesondere durch Nebenklagebefugnis für Opfer von Völkerstraftaten erreicht werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Schnellere, moderne und effizientere Strafprozesse**

Strafprozesse sollen schneller und effizienter verlaufen, so durch die Verteidigung von Beschuldigten mit Beginn der ersten Vernehmung, Überarbeitung des ministeriellen Einzelfallweisungsrechts gegenüber der Staatsanwaltschaft. Gerichtsentscheidungen sollen in anonymisierter Form in einer Datenbank veröffentlicht werden. Die Verständigung im Strafverfahren soll geregelt werden und Tatprovokation grundsätzlich verboten werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Modernisierung des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)**

Mit der Modernisierung wollen wir die Verfahrensrechte von Personen, die zu Unrecht Untersuchungs- oder Strafhaft verbüßt haben stärken. Dies soll insbesondere durch unabhängige Unterstützungsstellen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft erreicht werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

▪ **Verbandssanktionengesetz**

Ziel ist eine verbindliche Regelung und Verschärfung von Unternehmenssanktionen und eine gesetzliche Regelung von sogenannten internen Untersuchungen („internal investigations“). Gesetzesübertretungen in und von Unternehmen sollen durch die Staatsanwaltschaft verfolgt werden (Legalitätsprinzip) und angemessene, umsatzorientierte Sanktionsrahmen geschaffen werden. Compliance-

---

---

Maßnahmen sollen gefördert werden und Anreize für interne Untersuchungen in Unternehmen gesetzt werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Offen

---

## AG Petitionen

### ▪ **Reform des parlamentarischen Petitionsrechts**

Laut Koalitionsvertrag soll das parlamentarische Petitionsrechts reformiert werden. Die Arbeit des Petitionsausschusses ist untergesetzlich – das heißt durch die Geschäftsordnung des Bundestages, durch die Grundsätze des Petitionsausschusses über die Behandlung von Bitten und Beschwerden (Verfahrensgrundsätze) sowie durch die Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen geregelt. Die Arbeitsgrundlagen werden überarbeitet, damit die Verfahren schneller, transparenter und wirkungsvoller werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Beschlussfassung	3./4. Quartal 2023

---

## AG Sport

### ▪ **Bundesprogramm gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Sport**

Mit dem Bundesprogramm soll einerseits die praktische Arbeit gegen Rechtsextremismus in den Sportvereinen und -verbänden gestärkt, andererseits aber auch ein Fokus auf Forschungs- und Bildungsarbeit gelegt werden. Dabei sollen insbesondere die Bereiche gefördert werden, die bisher nicht, nicht ausreichend oder nicht sportspezifisch durch andere Bundesprogramme abgedeckt werden.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Programm	4. Quartal 2023: Start des Programms

---

## AG Kultur und Medien

### ▪ **Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa**

Wir wollen einen Vorschlag für die Errichtung des Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ vorlegen, um zu unterstreichen, dass dieses erinnerungspolitisch zentrale Projekt schnellstmöglich umgesetzt werden soll. Das Dokumentationszentrum soll den Krieg, die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft und die zugrundeliegende Ideologie mit Ausstellungen und einer Sammlung dokumentieren, Wissenslücken durch länderübergreifende

---

---

Forschung schließen, die historische Wissensvermittlung in die Breite der Bevölkerung vorantreiben und Raum für das Gedenken an die Opfer bieten.

**Vorhaben**

Entschließungsantrag

**Zeitplan**

September 2023

---

▪ **Anerkennung der Opfer der Euthanasiemorde während des Nationalsozialismus**

Mit einem Antrag wollen wir die Opfer der „Euthanasiemorde“ und Zwangssterilisation offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anerkennen, stärker in unsere Erinnerungskultur verankern, uns gezielter mit der Nachgeschichte der „Euthanasie“-Verbrechen auseinandersetzen und insbesondere personelle und weltanschauliche Kontinuitäten erforschen.

**Vorhaben**

Antrag

**Zeitplan**

November 2023

---

▪ **Industriekultur**

Das industrielle Erbe prägt das Bild von Deutschland bis heute. Stillgelegte Fabriken und umgenutzte Produktionshallen, zum Teil komplette Industriestandorte, Arbeitersiedlungen, Zechen und Bergbaufolgelandschaften sind überall zu finden. Dieses industriekulturelle Erbe, das das Leben vieler Generationen geprägt hat, müssen wir erhalten und neu nutzen. Industriekulturelle Bauten können zu sogenannten Dritten Orten werden, und unter anderem Räume für Kulturschaffende und Kreative bieten. Deshalb bringen wir dazu ein Positionspapier ein.

**Vorhaben**

Positionspapier

**Zeitplan**

4. Quartal 2023

---

▪ **Transformationen in Kultur und Medien**

Der Kultur- und Medienbereich durchläuft aktuell zahlreiche Transformationsprozesse. Die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die neuen Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz sowie nicht zuletzt die kulturellen Folgen aus dem Klimawandel sorgen vielerorts für Diskursverschiebungen und stellen die Branche vor neue Herausforderungen. Dabei drängen sich viele Fragen auf. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte zusammen mit Vertreter:innen der Kultur- und Medienbranche über die Perspektiven, Sorgen und Bedarfe im Zuge dieser Herausforderungen ins Gespräch kommen.

---

---

**Vorhaben**  
Veranstaltung

**Zeitplan**  
November/Dezember 2023

---

### AG Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

---

- **Reform des Lobbyregisters**

Ziel ist, die Angabepflichten im Lobbyregister zu verschärfen.

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	September 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

- **Neufassung der Geschäftsordnung des Bundestages**

Inhaltliche und strukturelle Überarbeitung der Geschäftsordnung des Bundestages

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Antrag	Herbst 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

- **Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen**

Präzisierung der Grenzen der zulässigen Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen

<b>Vorhaben</b>	<b>Zeitplan</b>
Gesetz	Herbst 2023: Bundestag, 1. Lesung

---

### ▪ **Transformationsstrompreis**

Die hohen Strompreise verhindern, dass die Transformation insbesondere in energieintensiven Unternehmen gelingt. Die Folge: Die sukzessive Abwanderung energieintensiver Unternehmen aus Deutschland. Ein zielgerichteter, zeitlich begrenzter Transformationsstrompreis verknüpft mit einem Ausbaubonus für EE und einem Umstieg der EE-Förderung auf Differenzverträge kann die negativen Folgen begrenzen.

#### **Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Dr. Matthias Miersch*

*Verena Hubertz*

*Achim Post*

#### **Vorhaben**

Positionspapier

#### **Zeitplan**

September 2023

---

### ▪ **Wirtschaftskonferenz 2023 der SPD-Bundestagsfraktion**

Anknüpfend an die traditionellen Wirtschaftsempfänge wollen wir mit Akteuren aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen diskutieren und dabei insbesondere die europäische Ebene und die anstehende Europawahl in den Blick nehmen.

#### **Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Verena Hubertz*

*Achim Post*

#### **Vorhaben**

Veranstaltung

#### **Zeitplan**

11. Oktober 2023

---

### ▪ **Nationale Biomassestrategie**

Mit der Strategie sollen politische Leitplanken und Instrumente zur Lenkung von Biomasseströmen definiert werden, welche die Rahmenbedingungen für nachhaltige Biomassenutzung und -erzeugung in Deutschland bilden.

#### **Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Dr. Matthias Miersch*

*Verena Hubertz*

#### **Vorhaben**

▪ Strategie

#### **Zeitplan**

4. Quartal 2023: Kabinett

---

---

▪ **Weiterentwicklung der Datenstrategie**

Mit Weiterentwicklung der Datenstrategie der Bundesregierung, mit dem Ziel, Daten zu heben, zugänglich machen, teilen und nutzbar zu machen.

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Verena Hubertz*

*Detlef Müller*

*Dirk Wiese*

**Vorhaben**

▪ Strategie

**Zeitplan**

3. Quartal 2023

---

▪ **Zukunftsfinanzierungsgesetz**

Durch das Zukunftsfinanzierungsgesetz (ZuFinG) sollen die Rahmenbedingungen für Start-ups und Wachstumsunternehmen verbessert werden. Dazu sind Modernisierungen im Finanzmarktaufsichtsrecht, im Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht sowie im Steuerrecht vorgesehen. Start-ups soll insbesondere eine Finanzierung über den Kapitalmarkt erleichtert werden. Außerdem sollen Mitarbeiterkapitalbeteiligungen an Start-ups attraktiver werden.

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Achim Post*

*Dirk Wiese*

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

September 2023: Kabinett

Oktober 2023: Bundestag, 2./3. Lesung

---

▪ **Reproduktive Selbstbestimmung**

Begleitgruppe zur Kommission für reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag folgende Punkte prüft:

- Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches
- Möglichkeiten zur Legalisierung der Eizellspende
- Möglichkeiten der Legalisierung der altruistischen Leihmuttertschaft

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Sönke Rix*

*Dagmar Schmidt*

*Dirk Wiese*

**Vorhaben**

Bericht

**Zeitplan**

März 2024: Abschlussbericht der Kommission

---

---

- **Tarifpaket**

Eine Bundestariftreuregelung soll eingeführt und der Onlinezugang für Betriebsräte geregelt werden. Öffentliche Aufträge des Bundes sollen nur an Unternehmen gehen, die sich an Kernverabredungen des jeweils maßgeblichen Tarifvertrags halten. Zudem bedarf es einer Regelung der Nachwirkung von Tarifen, wenn ein Unternehmen sich der Tarifbindung entzieht.

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Dagmar Schmidt*

*Verena Hubertz*

**Vorhaben**

▪ Gesetz

**Zeitplan**

4. Quartal 2023: Kabinett

---

- **Beschäftigtendatenschutzgesetz**

Mit der Gesetzesänderung wird mehr Rechtsklarheit für Arbeitgeber sowie Beschäftigte geschaffen und ein effektiver Schutz der Persönlichkeitsrechte gewährleistet.

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Dagmar Schmidt*

*Dirk Wiese*

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023: Kabinett

---

- **Selbstbestimmungsgesetz**

Das Transsexuellengesetz soll abgeschafft und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzt werden. Dieses wird die Voraussetzungen für die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen im Personenstandsregister für trans-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen neu regeln. Damit soll die gesellschaftliche Teilhabe für trans-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen erleichtert werden.

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Sönke Rix*

*Dirk Wiese*

**Vorhaben**

Gesetz

**Zeitplan**

3./4. Quartal 2023

---

---

- **Alkoholprävention und gesundheitlicher Verbraucherschutz**

Deutschland ist Alkohol-Hochkonsumland. Es liegt mit einem jährlichen Konsum von 12,2 Liter pro Kopf mehr als doppelt über dem weltweiten Durchschnitt (5,5 Liter pro Kopf). Über zwei Millionen Verbraucher:innen sind alkoholabhängig. Gesundheitliche Folgekosten belaufen sich auf rund 57 Milliarden Euro pro Jahr. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt verhältnispräventive Maßnahmen zur Beschränkung der Verfügbarkeit von Alkohol und zur Erleichterung des Verzichts darauf.

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**

*Dr. Matthias Miersch*

*Dagmar Schmidt*

**Vorhaben**

Fachgespräch

**Zeitplan**

21. September 2023

---